

| | | |
|---|---------------------|--------------------|
| Antrag öffentlich | Datum 12.02.2009 | Nummer A0037/09 |
| Absender DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat | | |
| Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge | | |
| Gremium | Sitzungstermin | |
| Stadtrat | 26.02.2009 | |
| Kurztitel Barrierefreiheit sichern im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II | | |

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Beratung zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II, seinen Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass alle baulichen Maßnahmen mit der Herstellung von Barrierefreiheit verbunden werden bzw. nur solche Projekte in die Förderung einbezogen werden, die diesen Grundsatz berücksichtigen.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, vorsorglich seinen Einfluss beim Ministerpräsidenten und bei den Landtagsfraktionen geltend zu machen
 - a)- für pauschale Zuweisungen der Mittel aus dem Konjunkturpaket II an die Kommunen, wie das auch der Städte- und Gemeindebund fordert und
 - b)- damit eine zukunftsfähige und nachhaltige Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel durch die Kommunen, speziell die Landeshauptstadt Magdeburg, als Expertin in eigener Sache gewährleistet wird.

Begründung

Am 13. Februar 2009 hat der Bundestag das Konjunkturpaket II mit dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland beschlossen. Mit diesem Gesetz beabsichtigt der Bund, „Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand“ mit einem kommunalen Investitionsprogramm im Gesamtumfang von 10 Mrd. Euro zu unterstützen. Wenn der Bundesrat diesem Gesetz zustimmt, können Städte und Gemeinden auch in Sachsen-Anhalt mit zusätzlichen Mitteln für die Sanierung von Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Krankenhäusern, Theatern, Bibliotheken, Bädern und Museen etc. rechnen. Diese Mittel gilt es, nachhaltig im Interesse der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen einzusetzen. Dazu gehört es aus unserer Sicht unbedingt, für alle Menschen ein barrierefreies Umfeld zu schaffen.

In Deutschland leben ca. 8,6 Mio. Menschen, in Sachsen-Anhalt ca. 200.000 und in der Stadt Magdeburg 25.000, die als schwerbehindert bzw. gleichgestellt anerkannt sind. Das sind etwa 10 % der Gesamtbevölkerung.

Unter Berücksichtigung des wachsenden Anteils älterer und alter Menschen an der Bevölkerung ist davon auszugehen, dass die Zahl der Menschen, deren Mobilität eingeschränkt ist, weit darüber hinaus wachsen wird. Es ist also eine Investition in die Zukunft, bei Sanierungen und Neubauten darauf zu achten, dass z. B. sanitäre Anlagen in öffentlichen Gebäuden barrierefrei gestaltet werden, dass Schulen und Kitas, Kultureinrichtungen und Bäder für alle zugänglich werden.

Mit dem Konjunkturpaket II besteht die Chance, bei vernünftiger Planung ohne größere Mehrkosten nachhaltig und zukunftsfähig zu investieren. Wenn dieser Grundsatz auf kommunaler Ebene von vornherein beachtet wird, wird die Errichtung barrierefreier Einrichtungen kaum teurer werden als bei herkömmlichem Herangehen. Unter Beachtung der demografischen Entwicklung, speziell vor dem Hintergrund der zunehmenden Alterung und Morbidität unserer Gesellschaft ist es unerlässlich, diesen Grundsatz zu berücksichtigen und damit sowohl den Anforderungen der gesellschaftlichen Veränderungen rechtzeitig gerecht zu werden als auch zur Steigerung der Attraktivität der Landeshauptstadt beizutragen.

Wir bitten den Antrag wegen seiner Dringlichkeit sofort abzustimmen.

Über die Verteilung der zugeteilten Mittel ist zeitnah in den zuständigen Ausschüssen nochmals gesondert zu beraten und durch den Stadtrat zu beschließen.

Regina Frömert
Fraktionsvorsitzende